

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telefax: 08 86 846 pbbn d

## Inhalt

Manfred Dammeier Mdl, AfB-Bundesvorsitzender, fordert die Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse durch die Kultusminister: Realismus notwendig.

Seite 1

Klaus-Henning Rosen erinnert an den zehnten Jahrestag des Ministerpräsidentenbeschlusses: Ärgernis und Mahnung.

Seite 3

Dokumentation  
Sicherheitspolitischer  
Leitantrag für den Münchner  
Parteitag 1982: Aufgabe und  
Praxis der SPD: Aus Friedenwillen  
Friedenspolitik machen.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

37. Jahrgang / 17

26. Januar 1982

Realismus notwendig

Die Kultusminister sollten Gesamtschulabschlüsse anerkennen

Von Dr. Manfred Dammeier Mdl  
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich (AfB), bildungspolitischer Sprecher der nordrhein-westfälischen SPD-Landtagsfraktion

Seit Jahren verhandeln die Kultusminister über die gegenseitige Anerkennung der Schulabschlüsse, die an den Gesamtschulen erworben werden. Wiederholt haben sie die Dauer ihrer "vorläufigen Anerkennung" verlängern müssen, weil sie zu keiner endgültigen Verabredung gekommen sind. Lange Zeit war erwartet worden, daß von den Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitungen der bisherigen Schulversuche mit Gesamtschulen solche Ratschläge ausgehen würden, die jedermann einleuchten, wenn die Kultusminister sie befolgen. Aber von den Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitungen erwartet heute längst niemand mehr eindeutig gerichtete Empfehlungen auf das Tun und Lassen der Bundesländer. Vielmehr muß jeder Kultusminister und jeder Landtag in eigener politischer Verantwortung diese Ergebnisse würdigen. Zwar verdienen die vielen Bände, mit denen die bisherigen Ergebnisse der Schulwirklichkeit in Gesamtschulen - die dort so sperrig ist wie die Wirklichkeit anderswo - dargelegt werden, genauere Beachtung als das im grobschlächtigen Streit über Gesetzesformulierungen möglich ist. Immerhin gibt es keine einzige Untersuchung, die empfiehlt, die Reformvorhaben im Zusammenhang der Gesamtschulen einzustellen. Und die Sekundärinterpretationen, die inzwischen zu den Untersuchungen vorgelegt wurden, kommen auch nicht zu solchen Schlüssen. Die Kultusminister haben sich in der Zwischenzeit aufs Erbsenzählen verlegt. Sie haben eine Kommission eingesetzt und Ministerialbeamte damit beschäftigt, dicke Ordner zu füllen, in denen die vielfältigen Kursmöglichkeiten in den Gesamtschulen auf ihre Umfänge je Unterrichtsfach und das Maß der länderübergreifenden Gemeinsamkeiten ausgerechnet werden.

Verpflichteter Umgang  
mit veredeltem Rohmaterial  
Recycling-Papier



All das macht deutlich, daß die Länder nun endlich dazu kommen müssen, einzusehen, daß sie mit Gesamtschulen zu leben haben. Am einfachsten und richtigsten ist es, wenn alle Länder die jeweiligen Entscheidungen und Praktiken der anderen Länder respektieren und die Abschlüsse von Gesamtschulen genauso gegenseitig anerkennen, wie sie das bei anderen Schulformen auch tun. Und auch dort gibt es riesige Unterschiede von Land zu Land und von Schule zu Schule in jeweils einer Schulform.

Die Länder Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen haben die Gesamtschulen aus dem Schulversuch entlassen und als reguläre Schulform neben den anderen etabliert. Dem hessischen Landtag liegt ein Gesetzentwurf zur rechtlichen Gleichstellung der Gesamtschule mit den anderen Schulformen vor. Im Entwurf für ein bayerisches Erziehungs- und Unterrichtsgesetz kommt erstaunlicherweise die Gesamtschule gar nicht erst vor. Und der schleswig-holsteinische Kultusminister hat vor kurzem erklärt, er wolle vier Gesamtschulen als "besondere Schulen" fortführen und eine auflösen, aber einer regulären rechtlichen Regelung bedürfe es dafür nicht.

Vor wenigen Tagen hat die bayerische Landesregierung der Öffentlichkeit mitgeteilt, unter welchen Bedingungen sie zur Anerkennung von Gesamtschulen-Abschlüssen bereit sei: Die Differenzierung müsse auf drei Niveaus erfolgen und außer den jetzt üblichen Fächern Deutsch, Mathematik und der Fremdsprache auch die Naturwissenschaften, Sozialwissenschaften und Geschichte umfassen.

Demgegenüber hat der nordrhein-westfälische Kultusminister Jürgen Girgensohn - in Kenntnis der Vorstellungen von Strauß und Maier - es bereits für möglich gehalten, daß die Länder Nordrhein-Westfalen, Hessen, Hamburg und Bremen einander ihre Gesamtschulabschlüsse anerkennen. Man kann spekulieren, ob sich die Länder Niedersachsen und Berlin anschließen, wo die Kultusminister Remmers und Laurien auch Verantwortung für größere Zahlen - jedenfalls im Vergleich zur Zahl der Gesamtschüler in den anderen CDU-geführten Ländern - von Gesamtschulabsolventen tragen.

Straußens Bedingungen für die "Anerkennung" von Gesamtschulabschlüssen sind eine Provokation und signalisieren, daß er verlangt, die Gesamtschulen komplett auszuhöhlen. Straußens "Gesamtschulen" verdienen diesen Namen nicht. Sie würden unter ihrem Dach mit der Differenzierung in nahezu allen Fächern auf drei Leistungsniveaus das dreigliedrige Schulsystem wiederholen. Lediglich Singen, Malen und Turnen dürfen die Kinder dieser Schulen noch unabhängig von Leistungszuordnungen gemeinsam.

Dagegen muß man wohl noch einmal daran erinnern, daß die Gesamtschule darauf abzielt, möglichst viel Schüler über einen möglichst langen Zeitraum gemeinsam - und damit mit möglichst wenig äußerer Differenzierung - zu erziehen und mit ihrem vielseitigen Angebot der Vielfalt individueller Interessen und Begabungen aller Schüler gerecht zu werden.

Nachdem zwischen den CDU- und SPD-Kultusministern im kleinen Kreis verhandelt wurde und diese Kommission aus Girgensohn, Krollmann, Remmers und Maier dem Vernehmen nach schon recht weit gekommen ist, sind Straußens Bedingungen auch ein Schuß vor den Bug der Einsichtigen unter den CDU-Kultusministern. Aber hinter die Positionen, die jetzt in den Gesetzen fixiert sind, können die Gesamtschul-Befürworter nicht zurück. Man sollte sich rechtzeitig an den Gedanken gewöhnen, daß Girgensohns Vorschlag sehr realistisch ist.

(-/26.1.1982/vo-he/ca)

+

+

+



**Ärgernis und Mahnung**  
-----

Seit zehn Jahren wirkt der Ministerpräsidentenbeschluß

Von Klaus-Henning Rosen

Leiter des persönlichen Büros von Bundeskanzler a.D. Willy Brandt

1. Der 28. Januar 1972, an den in diesen Tagen erinnert wird, ist kein Jubeltag, er ist ein Ärgernis und zugleich eine Mahnung. Es gilt, vor leichtfertigen Umgang mit der Demokratie zu warnen, wie es an jenen 28. Januar geschah, denn nur wenige Daten haben in der jungen Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland gesellschaftliche Vorgänge so nachhaltig beeinflußt.

An jenem Tag hatten sich die Regierungschefs - Willy Brandt für die Bundesregierung, sechs Länderchefs für die SPD, fünf für CSU und CDU - in Bonn zusammengefunden, um mehrmonatiger Debatte und Vorarbeiten durch die Innenminister Grundsätze für die Beschäftigung von rechts- und linksradikalen Personen im öffentlichen Dienst zu beschließen. Vier Jahre später sagte der Bundeskanzler über diesen Beschluß: "Ich habe mich damals geirrt."

Dieser Beschluß, der als Ministerpräsidentenbeschluß oder (fälschlich) als Radikalenerlaß zitiert wird, wiederholte zunächst, was im öffentlichen Dienstrecht, das heißt in den Beamtengesetzen und in den Tarifverträgen längst geregelt war: Angehöriger des öffentlichen Dienstes soll nur sein, "wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt". Wozu also die Wiederholung, denn es hatte keine Uneinigkeit gegeben über diesen Grundsatz, den Bundeskanzler Schmidt später mit den Worten umschrieb: "Leute, die gegenüber unserer grundgesetzlichen Ordnung keine innere Loyalität aufbringen wollen oder können, möchte ich nicht gerne als Polizisten oder als Lehrer oder als Richter im Staatsdienst tätig sehen."

Die Tücke des Beschlusses lag auch in den Zutaten. Denn die Regierungschefs verpflichteten sich, nicht einzustellen oder die Entfernung aus dem Dienst zu prüfen bei Mitgliedschaften in Organisationen, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgen. Gemeint waren damit Parteien und Gruppierungen rechts - wie die NPD - und links - wie die DKP - von den etablierten Parteien.

2. Der Beschluß war zustandegekommen aus dem Bestreben, von Flensburg bis Garmisch-Partenkirchen eine einheitliche Haltung gegenüber sogenannten Extremisten herzustellen. Warum mußte bei soviel löblicher Absicht der Beschluß dann scheitern?

Es könnte zwei Gründe geben, die das erklären:

- o Die Koalition hatte sich (widerstrebend) zu einem Kompromiß bereitgefunden, der zudem faul war;
- o sie hat sich vor allem aber nicht um den Kompromiß gekümmert, sondern ihn den ausführenden Behörden zur alleinigen Anwendung überlassen.

Faul war der Kompromiß, weil sich die Beteiligten gar nicht, wie es dem Wesen von Kompromissen entsprechen sollte, auf einer gemeinsamen Linie fanden, sondern weil jeder die extremen Auswüchse des jeweiligen Gegners zu treffensuchte: Die Koalition hatte die extreme Rechte im Visier, die alten und neuen Nazis, die den Einzug in den Bundestag nur knapp verfehlt hatten und sich im Kampf gegen die Ostpolitik in Interessenidentität mit der Union befanden; die Union hingegen wollte aus der falsch begriffenen Ankündigung vom Marsch durch die Institutionen die Linken ausschalten.



Die SPD hätte voraussehen müssen, daß sie damit die Existenz junger Menschen, um deren Integration sie sich seit APO-Zeiten bemühte, gefährden werde. Die bei Verabschiedung des Beschlusses gehegte Hoffnung, mit der Bereitschaft zu Gemeinsamkeit werde man die Polemik der Union gegen die im Werden begriffene Ostpolitik unterbinden können, war - zumindest aus heutiger Sicht - gewagt: Seit Adenauers Zeiten gehörte es zum Propagandainstrumentarium, die SPD der Kumpanei mit Moskau zu verdächtigen. Es war kaum zu erwarten, innenpolitische Zugeständnisse könnten außenpolitische Ziele durchsetzen helfen. Die Opposition suchte vielmehr den Ministerpräsidentenbeschuß um einer neuen Dimension der politischen Konfrontation wegen dieselben, die nie müde werden, die hergebrachten Grundsätze des Beamtentums zu rühmen, versuchten nach dem Scheitern ihrer Politik den Streit in die Amtsstuben zu tragen.

3. Nun ist grundsätzlich nichts gegen Kompromisse in der Politik einzuwenden, sie sind teil der Demokratie. Der Vorwurf beim Ministerpräsidentenbeschuß liegt aber darin, daß sich die Koalition nicht, zumindest dort, wo sie politische Verantwortung trug, um seine Umsetzung gekümmert hat.

Der Beschluß als solcher war keineswegs gefährlich. Er wurde es erst durch die Bürokratien, denen man ihn zur Ausführung überließ. Und da wirkte sich die Unverbindlichkeit, die Ungenauigkeit dieses Beschlusses aus. Den Behörden, denen die Regierungschefs den Beschluß vom 28. Januar "zur Kenntnisnahme und Beachtung" mitteilten, war aus der öffentlichen Diskussion der Eindruck vermittelt worden, Extremisten seien in Hundertschaften zum Sturm auf den öffentlichen Dienst angetreten. Wie diese potentiellen Staatsfeinde konkret zu ermitteln und abzuwehren seien, blieb ihrer Phantasie überlassen. Und diese ließen sie gründlich walten.

Das verhängnisvollste Ergebnis dieser bürokratischen Beflissenheit war die Regelfrage: die auf der Ebene von Oberregierungsräten - und entgegen der Aussage von Herrn Zimmermann (CSU) nicht von den Regierungschefs - geborene Idee, grundsätzlich bei jeder Personalmaßnahme sich beim Verfassungsschutz Gewißheit darüber zu verschaffen, daß gegen einen Bewerber denn auch nichts vorläge. Dafür wurde eigens ein neues Formular entworfen und dann rollten zigtausende von Anfragen auf die Ämter zu (in den ersten eineinhalb Jahren eine halbe Millionen mit einer Trefferquote von 300). Der grundsätzliche Fehler der Regelanfrage lag darin, daß die Ämter für etwas ganz anderes geschaffen worden waren als die Mitwirkung bei Personaleinstellungen. Die Ämter unterließen es nicht nur, auf ihre mangelnde Kompetenz hinzuweisen und deutlich zu machen, daß es nicht ihre Aufgabe ist, Erkenntnisse über einzelne Bürger zu sammeln. Sie taten sogar ein weiteres: aus Sorge, den Anfragen der Einstellungsbehörden nicht entsprechen zu können und sich dem Vorwurf mangelnder Wachsamkeit gegenüber dem Extremismus auszusetzen, ließen sie ausschwärmen, um sich Informationen zu beschaffen. Und das führte zu jener Klimavergiftung, die das Stichwort von der "Gesinnungsschnüffelei" auslöste. Denn es konnte nicht lange verborgen bleiben, daß in den Hochschulen die Vorlesungen, die Seminare, die Veranstaltungen der studentischen Selbstverwaltung die Ämter mithörten und Notizen über die aufnahmen, von denen sie annahmen, sie würden sich zum öffentlichen Dienst bewerben. Es mußte spätestens dann auffallen, wenn den Bewerbern von den Personalreferenten Stellungnahmen zu dem abverlangt wurden, was sie an der Universität gesagt oder wo sie demonstriert hatten

Erst als den Ämtern bewußt wurde, daß dieses Massengeschäft - das in der Mehrzahl der Fälle nicht zu positiven Resultaten führte - ihre Arbeitskraft weitgehend lähmte, regte sich Widerstand.

4. Den Politikern der Koalition, die den Ministerpräsidentenbeschuß zu vertreten hatten, wurde überdies nicht nur von ihrer Basis sehr schnell beigebracht, auf was sie sich eingelassen hatten. In den unionsgeführten Ländern gerieten die eigenen Anhänger zunehmend in die Mühlen einer der Ideologie des Kalten Krieges verpflichteten Politik; aber auch im eigenen Bereich - von Hamburg bis Düsseldorf - wurden unsinnige Personalentscheidungen produziert, die sich mit dem Grundgesetz nur noch bedingt in Einklang bringen ließen und öffentliche Kritik herausforderten.



Obwohl sich die Parteitage der SPD unmittelbar nach Verabschiedung des Beschlusses der Extremistenproblematik annahmen, bedurfte es erst eines Anstoßes durch die europäischen Nachbarn, um die Brisanz der Entwicklung nach oben zu vermitteln. In Sonderheit Franzosen und Niederländer, aber auch Skandinavier, fragten, was es auf sich habe mit den Berichten vom Nachbarn, mit dem man ein neues, friedvolles Europa zu bauen ange-treten war. Und im Grunde setzte eine ernsthafte Diskussion um die Beseitigung der schädlichen Folgen des Ministerpräsidentenbeschlusses erst ein, als der Parteivorstand den Genossen die Mitwirkung am Russell-Tribunal untersagt hatte, das sich unter anderem mit den "Berufsverboten" in der Bundesrepublik befassen wollte.

5. Der Auftrag des Parteivorsitzenden Willy Brandt an seinen damaligen Stellvertreter Hans Koschnick, dem Parteivorstand einen Bericht über die Praxis im eigenen Bereich vorzulegen und Vorschläge für eine Neuregelung auszuarbeiten, fand keineswegs ungeteilten Beifall. Gerade aus den Ländern, die sich später an die Spitze der Liberalisierungsbewegung setzten, kamen zunächst heftige Proteste gegen das Ansinnen des Vorsitzenden.

Der Auftrag konnte als Test für die Fähigkeit der Partei dienen, falsch gelaufene Diskussionen zu korrigieren. Formal ist das im Falle der Extremistenprüfung sicher gelungen: Hans Koschnick legte binnen eines halben Jahres Grundsätze für die Neuregelung des Verfahrens zur Prüfung der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst vor, die bei der Mitgliedschaft breite Zustimmung fanden. Sie führten zur Änderung der Praxis in den von SPD und FDP regierten Bereichen, blieben auch in einigen unionsgeführten Bundesländern nicht ohne Wirkung. Vor allem wurde die unselige Regelanfrage abgeschafft. Die politische Verantwortlichkeit wurde dadurch hervorgehoben, daß künftig nur noch auf Weisung der Ressortchefs die Ämter für Verfassungsschutz sollten eingeschaltet werden dürfen.

Die Diskussion um die Extremisten im öffentlichen Dienst ist ruhiger geworden, die Zahl der Fälle ist deutlich zurückgegangen (wobei die Arbeitsmarktsituation nicht ohne Folgen im öffentlichen Dienst geblieben ist).

Nicht eingelöst ist bisher die Ankündigung des Bundeskanzlers in der Regierungserklärung vom November 1980, bei der Prüfung der Verfassungstreue einen deutlicheren Bezug herzustellen zwischen der Funktion und den konkreten Dienstpflichten.

Die Ankündigung von Innenminister Baum, noch in den nächsten Wochen entsprechende Vorschläge zu unterbreiten, verdient Unterstützung.

6. So wie das Bundesverfassungsgericht vor Jahren den Bemühungen um eine Korrektur der Unsinnigkeiten bei der Prüfung der Verfassungstreue zum Teil den Weg verlegte, wird die Bundesregierung auch diesmal nicht erwarten können, sie komme ohne Widerstand zum Ziel. Die Union, unter deren Chefstrategie Strauß in Bayern die Radikalenhutz wieder schärfere Züge annimmt, hat Widerstand angekündigt und will auch das Verfassungsgericht bemühen. Ungemach droht der Bundesregierung auch von einem ihrer (weisungsbundene) Beamten, dem Bundesdisziplinaranwalt, der bereits jetzt hat wissen lassen, er werde seinem Dienstherrn bei der Anwendung neuer Vorschriften die Gefolgschaft verweigern. Dabei glaubt er sich der Hilfe durch das oberste deutsche Disziplinargericht sicher, das soeben den kommunistischen Postbeamten Peter nach mehr als 25jähriger tadelfreier Tätigkeit aus dem öffentlichen Dienst entfernt hat. In seinem Urteil, das sich streckenweise wie ein Leitartikel des Extremistenexperten der Frankfurter Allgemeinen liest, hat das Gericht ungefragt wissen lassen, Vorstellungen über eine Differenzierung bei der Treueprüfung seien nicht statthaft. Noch aber machen die Parlamente und Regierungen und nicht die Richterorgane (auch wenn es gelegentlich anders erscheint) die Politik und dabei sollten sie sich ungeachtet solcher Mitteilungen nicht beirren lassen. (-/26.1.1982/va-he/ca)



D O K U M E N T A T I O N

Der SPD-Vorstand hat auf seiner Sitzung am 25. Januar 1982 folgenden Leitantrag zur Sicherheitspolitik für den Münchner Parteitag 1982 beschlossen.

Aufgabe und Praxis der SPD: Aus Friedenswillen Friedenspolitik machen

A.

1. Die Menschheit will Frieden.

An seiner Sicherung mitzuwirken, ist die wichtigste Aufgabe unseres Landes.

Ziel deutscher Friedenspolitik ist es, Kriege zu verhindern und Bedingungen zu schaffen, die einen dauerhaften Frieden möglich machen.

Die SPD ist Partei der Freiheit und Menschenrechte. Die Bindung in die Europäische Gemeinschaft und das Atlantische Bündnis drückt die Gemeinsamkeit der grundlegenden politischen Wertvorstellungen und Interessen aus; sie bleibt unabdingbare Grundlage unserer Politik.

2. Das Schicksal der Menschheit wird sich auch daran entscheiden, ob sie

- die Aufrüstung stoppt und die Abrüstung einleitet;
- die Umwelt- und Energie- und Rohstoffprobleme friedlich löst;
- die Weltwirtschaftsprobleme so regelt, daß die immer weiter auseinanderklaffende Entwicklung zwischen Arm und Reich zugunsten der armen Regionen beeinflußt werden kann.

Noch vor dem Ende dieses Jahrhunderts werden sechs statt vier Milliarden Menschen zu ernähren, zu kleiden und auszubilden sein. Wenn wir die damit verbundenen Probleme lösen wollen, müssen wir alles tun, damit weder aus Irrtum, noch aus politischen Fehlern ein Konflikt entsteht, der Kalten oder sogar Heißen Krieg ausbrechen läßt.

3. Die beiden Großmächte haben genug Waffen, um das menschliche Leben vielfach auszulöschen.

Neue, gefährlichere und genauere Waffensysteme werden entwickelt, die statt zusätzlicher Sicherheit neue Risiken bringen.

Immer weitere Staaten erreichen die Fähigkeit zum Bau von Atomwaffen, die Aufrüstung der Dritten Welt schreitet fort.

Die Gefahren für die Welt wachsen: Die politische Unterdrückung in vielen Ländern, der fortdauernde Ost-West-Konflikt, Tendenzen, ihn auf die Probleme der Dritten Welt zu übertragen, die ungelösten Probleme des Nahen und Mittleren Ostens sowie die zunehmende Armut in der Dritten Welt schaffen Spannungen, die zum Auslöser von Kriegen werden können.

4. In dieser Situation ist es wichtiger denn je, daß die SPD die Tradition ihrer Friedenspolitik unbeirrt, konsequent und aktiv fortsetzt. Die SPD hat Deutschland nie in einen Krieg geführt. Sie ist die entscheidende politische Kraft, damit nie wieder von Deutschland Krieg ausgeht.

Die SPD hat sich immer zur Aufgabe gemacht, die Menschen zu überzeugen, daß Rüstungskontrolle und Abrüstung in unserem eigenen Interesse notwendig und daß sie erreichbar sind.

Sie begrüßt, daß sich weite Kreise unserer Bevölkerung öffentlich zu diesem Ziel bekennen. Sie teilt die Sorge um den Frieden, wie sie auch in den Friedensbewegungen zum Ausdruck kommt; es bleibt Aufgabe und Praxis der SPD, aus dem Willen zum Frieden Friedenspolitik zu machen.



5. Die Friedenspolitik verbindet die Politik der "Sicherheit und Entspannung", wie die NATO im Jahre 1967 (Harmel-Bericht) beschlossen hat. Zur Friedenspolitik gehört die Politik der Sicherheit durch annäherndes Gleichgewicht zwischen den beiden Bündnissen, das nicht bloß militärisch-numerisch festgestellt werden kann.

Die Atlantische Allianz mit der militärischen Präsenz der USA in Europa ist unverzichtbar für die äußere Sicherheit und die politische Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik. Es ist die friedenssichernde Aufgabe der Bundeswehr, im Rahmen des westlichen Bündnisses zur Erhaltung des Gleichgewichts beizutragen. Die notwendigen finanziellen Mittel für unseren Beitrag zur Erfüllung dieser Aufgabe werden auch künftig bereitgestellt werden.

Eine modern ausgerüstete und ausgebildete Bundeswehr bleibt weiterhin ein wesentliches Element unserer Bündnisfähigkeit in der Nordatlantischen Allianz. Dem entspricht sozialdemokratische Verteidigungspolitik. Unsere Politik und die Ausrüstung der Bundeswehr war und ist an den Auftrag des Grundgesetzes gebunden, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf. Die Bundeswehr hat unser Vertrauen und unsere Unterstützung.

Gleichgewicht allein reicht nicht aus, den Frieden zu sichern. Nicht Rüstung, sondern Rüstungskontrolle und Abrüstung behält für die SPD Vorrang zur Herstellung eines Gleichgewichts. In Verhandlungen muß vereinbart werden, was im konkreten Fall als überprüfbares Gleichgewicht anzusehen ist.

Unsere Entspannungspolitik hat den Frieden in Europa sicherer gemacht, für ungezählte Menschen Erleichterungen gebracht und die Lebensfähigkeit Berlins gestärkt.

Diese Politik will auch bei Schwierigkeiten und Rückschlägen durch blocküberspannende Vereinbarungen zusätzliche friedensstabilisierende Bedingungen schaffen. Zu diesem Prozeß der Entspannungspolitik sieht die SPD auch weiterhin keine vernünftige Alternative. Trotz der zwischen den Blöcken bestehenden Gegensätze und Unterschiede muß also eine Politik der Mäßigung, des Dialogs und der Zusammenarbeit fortgesetzt werden.

Auch Länder und Bündnisse mit gegensätzlichen oder unterschiedlichen Ideologien und Gesellschaftssystemen teilen das übergeordnete Interesse, gemeinsam zu überleben. Gemeinsam überleben verlangt auch künftig eine Politik der Partnerschaft zur Sicherheit. Nur in ihrem Rahmen kann und muß der Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen Ideologien und Gesellschaftssystemen stattfinden.

6. Eine Politik der Partnerschaft zur Sicherheit ist von Willy Brandt und Helmut Schmidt in der Verantwortung für unser Land kontinuierlich verfolgt worden; sie eröffnet die Perspektive, den elementaren Wunsch der Menschen und Völker nach Sicherheit als gemeinsame Aufgabe zu begreifen und zu lösen: Erst eine Partnerschaft zur Sicherheit ermöglicht, die Rüstungsspirale anzuhalten, Gleichgewichte zu vereinbaren, die Einführung neuer Waffensysteme zu verhindern, Abrüstungsvereinbarungen zu treffen und durch Vereinbarungen die Notwendigkeit der Abschreckung abzubauen. Eine Partnerschaft zur Sicherheit kann die Kräfte freisetzen, die erforderlich sind, um die großen Aufgaben der Menschheit anzupacken: Hunger und Unterentwicklung zu überwinden und das ökologische Gleichgewicht unseres gemeinsamen Lebensraumes, der Erde, herzustellen.

Die SPD appelliert an die Menschen in unserem Lande und in der Familie der Völker, sich zur Partnerschaft der Sicherheit zu bekennen und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Dieser Appell richtet sich nicht nur an die Atomkräfte, sondern auch an die 2. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen, die neue, auch regionale Ansätze für eine umfassende Politik der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung finden soll.



Eine politische Unterstützung der nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und eine konsequente Stärkung des Lagers der wirklich blockfreien Staaten, ist ein wesentlicher Beitrag sozialdemokratischer Friedenspolitik.

7. Die SPD hat auf ihren Parteitag in Hamburg und Berlin ihre Grundsätze zur Friedens- und Sicherheitspolitik im Rahmen des Bündnisses umfassend dargelegt und beschlossen. Sie bestätigt die Beschlüsse ausdrücklich.

8. Gegenseitiger Gewaltverzicht ist das Herzstück unserer Entspannungspolitik, die nach Ausgleich und Versöhnung gerade auch mit unseren östlichen Nachbarn trachtet. Die Zukunft dieser Politik wird entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, den Gewaltverzicht auch im militärischen Kräfteverhältnis durchzusetzen, insbesondere durch Verzicht auf militärische Überlegenheit. Rüstungsbegrenzung und Rüstungsverminderung sind daher notwendiger Bestandteil einer wirksamen Entspannungspolitik.

B.

9. 1981 ist zwischen den beiden Supermächten ein neuer Versuch zur Rüstungsbegrenzung begonnen worden. Die SPD fordert Moskau und Washington auf, die Verhandlungen auf allen Ebenen konstruktiv im Geiste einer Partnerschaft zur Sicherheit zu führen.

Sie begrüßt insbesondere die Verhandlungen in Genf, die unter wesentlicher Mitwirkung der Bundesregierung in Gang gekommen sind und zur Verminderung der Europa bedrohenden atomaren Mittelstreckenwaffen führen sollen.

Die SPD fordert, diese Verhandlungen mit dem Ziel zu führen, sowjetische euro-strategische Raketen abzubauen, um die Einführung neuer euro-strategischer Mittelstreckenwaffen der Vereinigten Staaten überflüssig zu machen.

10. Die SPD fordert darüber hinaus ein Stationierungsmoratorium für neue Raketensysteme kürzerer Reichweiten, also unterhalb der Mittelstreckenwaffen in Ost und West für die Dauer der Genfer Verhandlungen.

Sie fordert schließlich, daß alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Kernwaffen, einschließlich der nuklearfähigen Flugzeuge beider Seiten, schrittweise in die Verhandlungen einbezogen werden.

11. Die SPD bekräftigt: Es darf - gemäß der Entscheidung des Berliner Parteitages vom Dezember 1979 - keinen Automatismus der Stationierung geben; außerdem wird zu prüfen sein, "ob bei fortschreitendem Verhandlungsprozeß überprüfbare Vereinbarungen (Moratorien) über einen Produktions- und Stationsierungsstop neuer nuklearer Waffensysteme die Erfolgsaussichten von Verhandlungen zwischen NATO und Warschauer Pakt erleichtern würden". Die SPD wird auf einem Ordentlichen Parteitag im Herbst 1983 entscheiden, welche Folgerungen sie aus dem bis dahin erreichten Verhandlungsstand für die Frage der Stationierung zieht. Es darf keine Stationierung auf deutschem Boden geben, bevor die SPD ihre Meinung über die dann vorliegenden Ergebnisse festgelegt hat.

12. Wir fordern die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion auf, endlich ernstzumachen mit der Begrenzung und Verminderung nuklear-strategischer Waffen (SALT/START). Die Erfüllung der von ihnen im Atomwaffen-Sperrvertrag übernommenen Abrüstungsverpflichtungen ist Voraussetzung dafür, daß dem Nicht-Verbreitungs-Gebot



- weltweit Geltung verschafft werden kann. In diesem Zusammenhang ist wichtig, selbst-aufgelegte, vereinbarte Begrenzungen auf dem Gebiet der Anti-Raketen-Raketen (ABM) nicht aufs Spiel zu setzen.
13. Für das Gleichgewicht zwischen Ost und West werden die französischen und britischen Nuklearwaffen zu berücksichtigen sein.
  14. Unser Nein zur Neutronenwaffe gilt. Wir fordern ihre weltweite Ächtung.
  15. Die SPD fordert die zügige Ratifizierung und Verwirklichung des Vertrages zum Verbot der biologischen Waffen.
  16. Produktion, Lagerung und Einsatz von chemischen Waffen müssen endlich auf der Grundlage eines ausreichend überprüfbaren Abkommens mit dem Ziel weltweiter Ächtung verboten werden.
  17. Die SPD drängt darauf, bei den Wiener Verhandlungen über die Verminderung von Truppen und Rüstungen in Europa (MBFR) ein erstes Verhandlungsergebnis zu erzielen. Die bisherigen Verhandlungen gestatten und verlangen einen neuen politischen Impuls.
  18. Die Furcht vor Überraschungsangriffen ist eine wichtige Quelle des Misstrauens zwischen Ost und West. Eine inhaltliche und geographische Ausweitung der vertrauensbildenden Maßnahmen ist daher vordringlich. Dies muß durch zügige Verhandlungen der Konferenz für Abrüstung in Europa (KAE) möglich werden, für die bei der KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid ein entsprechender Auftrag erteilt werden muß. Nur so kann die mit der KSZE-Schlußakte von Helsinki 1975 eingeleitete Entwicklung intensiviert werden.
  19. Auch angesichts schwerer gewordener Bedingungen wird die Bundesregierung aufgefordert, weiterhin aktiv zu bleiben, damit die beiden deutschen Staaten ihrer Verantwortung für den Frieden in Europa durch Initiativen zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung gemäß Grundlagenvertrag gerecht werden.
  20. Friedenspolitik und Kriegsrecht vertragen sich nicht. Die SPD fordert die Fortsetzung des Reformkurses in Polen und unterstützt die Politik der Festigkeit und Besonnenheit, die die Bundesregierung geführt hat. (Zu den mit der Entwicklung von Polen aufgeworfenen Fragen wird dem Parteitag ein besonderer Antrag vorgelegt werden.)  
(-/26.1.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

